

Nr. **XIX. GP-NR**
1985 /J
1995 -10- 1 1

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Auflassung von Paketstützpunkten durch die ÖBB

Nach dem Motto "Von der Bundesbahn auf die Bundesstraße" verlagert die ÖBB ihre Paketbeförderung Schritt für Schritt auf die Straße. So soll etwa in Oberösterreich bereits im Februar 1996 der Paketstützpunkt Bahnhof Steyr aufgelassen werden. Bereits heuer im November soll der Paketstützpunkt St. Valentin geschlossen werden. Weitere Stützpunkte sollen österreichweit folgen (z.B.: Attnang-Puchheim, Amstetten,...).

Für die jeweils betroffene Region bedeutet die Verlagerung der Paketbeförderung auf die Straße eine beachtliche zusätzliche Verkehrsbelastung. So sollen die durchschnittlich etwa 1000 Pakete - das entspricht 6 bis 8 Waggonladungen -, die bislang täglich am Bahnhof Steyr empfangen oder versendet wurden, in Zukunft per Lkw zwischen Steyr und dem zentralen Paketstützpunkt Linz transportiert werden. Das entspricht einem zusätzlichen Straßengütervolumen von täglich 50 Tonnen.

Es muß nicht weiter ausgeführt werden, daß diese Entwicklung der offiziellen politischen Zielsetzung der österreichischen Verkehrspolitik, der Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene - und nicht umgekehrt -, vollkommen widerspricht.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

ANFRAGE:

1. Wieviele Paketstützpunkte wurden in den vergangenen 5 Jahren durch die ÖBB bereits eingestellt und welche Stützpunkte sollen wann in den nächsten 5 Jahren folgen?
2. Wie hoch ist das jeweilige jährliche Güterverkehrsvolumen, das durch die Einstellung der Stützpunkte von der Schiene auf die Straße verlagert wurde bzw. wird?
3. Wie hoch ist das gesamte jährliche Gütervolumen, das durch die geplante Auflösung der Stützpunkte zusätzlich auf Österreichs Straßen transportiert wird?

4. Wie hoch ist der betriebswirtschaftliche Einsparungseffekt der ÖBB durch diese Verlagerung und wie hoch ist der volkswirtschaftliche Schaden unter Berücksichtigung der externen Kosten?
5. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?
6. Welche Maßnahmen haben Sie bzw. werden Sie ergreifen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten?
7. Wurden mit der ÖBB seitens Ihres Ministeriums Verhandlungen geführt, mit dem Ziel, die Einstellung der Paketstützpunkte zu verhindern? Wenn ja, mit welchem Erfolg? Wenn nein, warum nicht?
8. Werden Sie in diesem Zusammenhang von Ihrem Weisungsrecht gegenüber der ÖBB Gebrauch machen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, in welcher Form?